

Landkreis Vorpommern-Rügen

4. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:

Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+

Vorlagen Nr.:

A/4/0073

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	21.07.2025

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Ablehnung des aktuellen Entwurfs des Tourismusgesetzes"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass der derzeitige Entwurf des Tourismusgesetzes Mecklenburg-Vorpommern in der vorliegenden Form nicht weiterverfolgt wird.

Begründung:

Der aktuelle Gesetzentwurf wird von vielen Kommunen, Verbänden und touristischen Akteuren im Land sehr kritisch gesehen. Auch der Städte- und Gemeindetag hat eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, in der zahlreiche Probleme aufgezeigt werden: Die geplanten Regelungen greifen stark in die kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden ein. Zum Beispiel sollen Orte gezwungen werden, Mitglied in bestimmten Tourismusstrukturen (sogenannten „Destinationen“) zu sein, selbst wenn sie dies gar nicht wollen. Des Weiteren sollen Gemeinden in Zukunft gezwungen werden, bestimmte Abgaben (Gäste- und Tourismusabgaben) zu erheben, unabhängig davon, ob das für sie sinnvoll oder rechtlich möglich ist.

Gleichzeitig soll es prädikatisierten Orten verboten werden, die sogenannte Bettensteuer zu erheben, obwohl dies eine wichtige Finanzierungsquelle ist und vom Bundesverfassungsgericht als zulässig bewertet wurde.

Orte mit besonderem Gesundheitsangebot (z. B. Moor- oder Seebäder) werden nicht ausreichend berücksichtigt. Die hohen Kosten für diese Angebote können mit den geplanten Regelungen nicht gedeckt werden.

Durch neue Vorschriften entsteht ein erheblicher zusätzlicher Aufwand für Verwaltungen und Unternehmen - das Gegenteil von Bürokratieabbau. Dieser Gesetzentwurf passt nicht zur Landestourismusstrategie, die mehr Qualität, Nachhaltigkeit und Akzeptanz des Tourismus vor Ort erreichen will.

Der aktuelle Gesetzentwurf ist nicht geeignet, den Tourismus in unserem Land zu stärken. Vielmehr drohen rechtliche Unsicherheiten, zusätzliche Belastungen für Kommunen und ein Rückgang der Qualität im Tourismus. Der Kreistag sollte daher ein klares Signal senden und sich gegen den Entwurf in seiner jetzigen Form aussprechen.

gez. Benjamin Heinke
Fraktionsvorsitzender
Fraktion CDU+

gez. Gerd Scharnberg
Fraktionsvorsitzender
Fraktion BfS/FDP/VR+